Oldletter: SPD-Geschichten aus Papenburg

SPD

23.04.2014 Nr. 46

Inhalt:

Für Erhalt der Kindergartenstandards	S. 01	Jugendschutz in Gaststätten	S. 06
Arbeitsmarktkonferenz für Jugendarbeitslosigkeit	S. 04	Besuch des Arbeitsamtes Leer	S. 07
Neugestaltung des CEKA-Parkplatzes	S. 05	Schwangerschaftskonfliktberatung	S. 08
Ehegattensplitting	S. 06		

November 1998

SPD für Erhalt der Kindergartenstandards

Entscheidungen sollen von Kommunen vor Ort getroffen werden

PAPENBURG. Gemeinsam spricht sich die SPD-Stadtratsfraktion und der SPD-Ortsverein Papenburg für den Erhalt der pädagogischen Standards bei den Kindergärten aus.

Die SPD in Papenburg kann die Sorgen der Mitarbeiterinnen in den Kindergärten und der Eltern verstehen. Die Mitglieder der Fraktion bedauern, daß zur Übergabe der Protestbriefe aus terminlichen Gründen kein SPD-Repräsentant teilnehmen konnte.

Gerade bei den jüngsten Planungen von Kindergärten in Papenburg habe sich nach Auffassung der SPD-Fraktion gezeigt, daß es notwendig und sinnvoll sei, wenn Entscheidungen über die räumliche Ausgestaltung nicht am Schreibtisch in Hannover sondern durch die Kommunen vor Ort getroffen werden. Die SPD-Fraktion tritt dafür ein, daß die Standards zur Gruppengröße und zur Qualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Kindergärten erhalten bleiben.

Roland Seemann, SPD-Fraktionsvorsitzender, forderte: „Auch die angespannte Finanzsituation des Landes darf nicht dazu führen, ausgerechnet bei den Kindertagesstätten die ohnehin knappen Zuschüsse zu kürzen." Wie die zukünftige Finanzierung der Kindergärten jedoch durch den Finanzausgleich geregelt werde, sei zur Zeit noch nicht entschieden. Die SPD in Papenburg sei im Gespräch mit der Landesregierung und den Landtagsabgeordneten, um sicher zu stellen, daß es zu keiner Verschlechterung in den Kindergärten kommt.

Unterstützt wird die Entscheidung, die Landeszahlungen für die Kindergärten in den kommunalen Finanzausgleich einzubringen; vorausgesetzt, es werde dafür ein Topf gebildet, der den Etat allein nach Kinderzahl oder der Zahl der Kindergartengruppen aufteile und nicht nach anderen Daten des Finanzausgleichs.

Peter Raske, Sozialpolitischer Sprecher der SPD im Emsland, äußerte sein Unverständnis darüber, daß am lautesten die Landespolitiker der CDU in der jetzigen Debatte zu hören seien, die während ihrer Regierungszeit in den 70er und 80er Jahren die Kindergärten so vernachlässigt hätten, daß Anfang der 90er Jahre Tausende von Kita-Plätzen gefehlt und die Landesförderung auf einem Tiefpunkt gewesen sei.

Die Papenburger SPD weist darauf hin, daß die Niedersächsische Landesregierung nur eine langjährige Forderung der Städte, Landkreise und Gemeinden umzusetzen beabsichtigt, die Entscheidung über die Ausgestaltung der Kindergärten in deren Zuständigkeit zu belassen. Viele der CDU regierten Kommunen auch im Emsland haben dies vehement gefordert. Wenn jetzt Ängste bestehen, daß die Standards verschlechtert werden, so dies auch ein Zeichen für mangelndes Vertrauen in die CDU-Kommunalpolitik. Eine Kürzung der Landesmittel müsse aber nicht automatisch dazu führen, daß die Standards verschlechtert werden, da die geplanten Kürzungen durch Einsparungen bei den Verwaltungsausgaben mehr als ausgeglichen werden können.

Der Wecker 24.11.1998

Falsche Adressaten

Leicht hatte es die gastgebende SPD bei ihrer Informationsveranstaltung über die Kindergartenpolitik nicht. Die Mandatsträger vor Ort schoben den schwarzen Peter den CDU-Kommunalregierungen zu, der rote Peter - Raske - munterte die Erzieherinnen ungefragt auf, ihren Protest fortzusetzen, und eine Ratsfrau erklärte, sie hätte selbst aus der Zeitung von den Plänen der Landesregierung erfahren - die Kritik richtete sich an die falsche Adresse. Karin Stief-Kreihe, die als einzige über ein Mandat auf Landesebene verfügt, beteuerte, eine Freigabe der Standards ziehe ja nicht automatisch deren Absinken nach sich. Niemand wolle, daß Einsparungen gerade bei ihm vorgenommen würden, aber die Städte bekämen ja auch als Ausgleich mehr Geld - wenn auch nicht zweckgebunden. Wie Notwehr - Vorwurf einer Mutter - wirkte diese Einladung nicht, neue Antworten konnte sie aber auch nicht geben. ***cam***

Sonntags Report 06.12.1998

Stief-Kreihe: Glaube nicht, daß die zweite Kraft fällt

Infoabend zu Kindergärten - „Weniger Verfügungszeit"

Papenburg (kd) „Wenn aus den Kindergartengruppen eine Erzieherin herausgenommen wird, kann ich meine Tochter gleich zu Hause lassen", erboste sich ein Vater. „Da sind wir mit unserer Einstellung doch gar nicht so weit auseinander", beruhigte der Papenburger SPD-Politiker Peter Raske, „wir wollen doch auch eineinhalb Kräfte pro Gruppe." Aufschrei im gesamten Publikum: „Zwei!"

„Ich glaube nicht, daß die zweite Kraft fällt", lenkte die Meppener SPD-Landtagsabgeordnete Karin Stief-Kreihe ein. Konkrete Aussagen – auch über die künftigen Standards für die Tagesstätten – konnte die Politikerin gegenüber den 60 Zuhörern auf dem Informationsabend in Papenburg allerdings nicht machen. Frau Stief-Kreihe verwies auf die laufenden Verhandlungen von Vertretern der Landesregierung mit Gewerkschaft, Interessengemeinschaft der Erzieher und den Trägern. In einer vorsichtigen Einschätzung sah sie die bisherigen Gruppengrößen wie die räumlichen Vorgaben (Quadratmeterzahlen) als gesichert an. Zur Disposition stünden jedoch die Verfügungs- und Freistellungsstunden (wir berichteten in unserer Ausgabe vom Donnertag).

Rein rechnerisch seien im Emsland 200 Stellen gefährdet, sollten die Kürzungen bei der Verfügungszeit für die Mitarbeiter sowie bei der Freistellung der Tagesstättenleitung realisiert werden, rechnete Petra Behnes vom Kreiselternrat für Kindergärten vor. Und Worten von Raske und Stief-Kreihe, nach denen die Erzieher im Emsland durch über dem Durchschnitt liegende Vorbereitungszeiten „privilegiert" seien, begegnete Frau Behnes mit der Klarstellung: Das sei ja wohl nicht das Verdienst von SPD oder CDU, sondern einzig das der Träger der Einrichtungen.

Insgesamt erteilten die Besucher des Infoabends politischen Schuldzuweisungen eine klare Absage. Papenburgs stellvertretender Bürgermeister Roland Seemann (SPD) hatte versucht, die Freigabe der Standards (Zwischenruf einer Frau: „Freigabe zum Abschuß") als langjährige Forderung der Kommunen zu verkaufen, und Peter Raske erneuerte seine Aussage, die Proteste zeigten wenig Vertrauen in die CDU-geführte Kommunalpolitik im Emsland, die sich übrigens Anfang der 90er Jahre massiv gegen die Einführung der zweiten Fachkraft in den Gruppen gestemmt habe. „Uns interessiert nicht, was die CDU damals gemacht hat, sondern was die SPD heute macht", entgegnete ein Mann unter dem Beifall der Versammlung. Und sollten die Verfügungszeiten tatsächlich reduziert werden, fehlten Stunden zur Vorbereitung, zur Reflektion wie zu Gesprächen mit Eltern. „Die Kinder verkümmern", warnte eine Erzieherin davor, die Betreuung auf die Arbeit in den Gruppen zu beschränken.

Wenig überzeugend waren in den Augen der Zuhörer ebenfalls die Appelle der SPD-Politiker, die Proteste nach Verabschiedung des Landeshaushalts im Frühjahr mit gleicher Intensivität gegenüber der Kommunalpolitik zu führen. Seitens der Papenburger Sozialdemokraten kündigte Seemann einen Antrag an die Stadt an, die Standards in den Tagesstätten nicht herabzusetzen. „Doch wir haben ja nicht die Mehrheit im Stadtrat", sah der stellvertretende Bürgermeister in erster Linie die CDU in der Pflicht. Eine Argumentation, die nicht durchschlug. „Die geplanten Kürzungen im Kindergartenbereich stehen der SPD nicht gut zu Gesicht", rückte eine Frau die Fronten wieder gerade.

Ems-Zeitung 05.12.1998

DEM NEUEN VORSTAND der SPD Rhede gratulierten der Bundestagsabgeordnete Reinhold Robbe, der Landtagsabgeordnete Helmut Collmann und Kreistagsmitglied Peter Raske.

Reaktionen auf Kita-Gesetz sind „völlig überzogen“

SPD-Ortsverein Rhede zieht eine positive Bilanz

Rhede Genugtuung herrschte auf der Generalversammlung des SPD-Ortsvereins Rhede in der Gaststätte Prangen über die Übernahme der Regierungsverantwortung des rotgrünen Bündnisses in Bonn. Einstimmigkeiten gab es bei den Vorstandswahlen.

Der Rechenschaftsbericht des Vorsitzenden Abel Marsmann war in erster Linie geprägt vom Rückblick auf die Bundes- und Landtagswahl. Genugtuung äußerte der SPD-Ortsvorsitzende darüber, daß bei beiden Wahlen in Rhede erhebliche Stimmenzuwächse für die SPD zu verzeichnen gewesen waren.

Nach Vorlage eines gesunden Kassenberichtes durch Helene Marsmann konnte dem Vorstand einstimmige Entlastung erteilt werden. In geheimen Einzelabstimmungen wurden der Ortsvorsitzende Abel Marsmann und sein Stellvertreter, Hans Jürgen Pohl, in ihren Ämtern bestätigt. Ebenfalls einstimmig bestätigte die Mitgliederversammlung die Schriftführerin Uta Nintemann und die Kassenwartin Helene Marsmann. Zu Beisitzern wählte die Mitgliederversammlung Peter Böhle, Heinz Lange sowie Ingrid und Harald

– ANZEIGE –

•Gardinen
wohnen&sparen
Haren/Ems A 31 a.d. B402 05932/2340
Leer, Industriehafen 04 91/9 25 02 90

Kattau. Seniorenbeauftragte wurde Cristine Moser, während Marylen Nintemann zur Jugendbeauftragten gewählt wurde. Kassenprüfer sind Angela Pohl und Werner Schönemann.

Kreisagsabgeordneter Peter Raske stellte mit Zufriedenheit fest, daß durch Stärkung der Finanzkraft und über den Landesfinanzausgleich der Haushalt des Landkreises wieder ausgeglichen werden könne. Zur Stärkung der Kommunalhaushalte habe der Landkreis Emsland die Kreisumlage wieder senken können. In seinen weiteren Ausführungen forderte Raske eine baldige Entscheidung des Landkreises Emsland über Einführung eines öffentlichen Personennahverkehrssystems. Die Schaffung eines Zwischenlagers beim Kernkraftwerk in Lingen könnte nach seiner Auffassung die Transporte des Atommülls zwar stoppen, sie werde aber den schnellen Ausstieg aus der Atomenergie eher bremsen.

Mit den Sparkonzepten des Landes Niedersachsen und der Gerichtsentscheidung aus Bückeburg zum Finanzausgleichsgesetz befaßte sich SPD-Landtagsabgeordneter Helmut Collmann. Wenn auch die Gemeinde Rhede in der Vergangenheit mit Zuweisungseinbußen leben hätte leben müssen, so könne sie zukünftig mit erheblichem Ausgleichszuwachs rechnen.

Die Defizite des Landeshaushaltes seien allein durch Personalabbau nicht auszugleichen. In diesem Zusammenhang hielt er die Reaktionen auf die geplanten Kürzungen bei den Kindergärten für völlig überzogen. In allen Bereichen, so sagte der SPD-Landtagsabgeordnete müsse eingespart werden. Immerhin habe die SPD seit der Übernahme der Regierungsverantwortung in Hannover die Ausgaben für Kindergärtenpersonal von 40 Millionen Mark auf 267 Millionen DM erhöhen können. Für den geplanten Kindergartenneubau in Rhede würden Landesmittel zur Verfügung gestellt, sobald auch der Landkreis Emsland Finanzmittel dafür bereitstelle.

Reinhard Robbe, MdB, stellte in seinen Ausführungen klar, daß die Anwendungsstrecke des Transrapids im Rahmen der veranschlagten Finanzmittel gebaut werde. Hierauf müsse sich die Industrie einstellen. Für ein recht vernünftiges Instrumentarium hielt Robbe die von Hako und Hövelmann forcierte Bürgerinitiative „Pro Emssperrwerk“. Es müsse alles getan werden, das Emssperrwerk so schnell wie möglich zu bauen.

Ems-Zeitung 12.012.1998

ARBEITSMARKTKONFERENZ ZUR BEKÄMPFUNG DER JUGENDARBEITSLOSIGKEIT

Die Zahlen der Bundesanstalt für Arbeit belegten nachdrücklich, wie dringend ein Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit in Ost- und Westdeutschland gebraucht wurde. Die SPD appellierte an den Kreis Emsland und die Arbeitsämter in Leer und Nordhorn, möglichst schnell eine Arbeitsmarktkonferenz mit Betrieben, Kammern und Gewerkschaften sowie Maßnahmeträgern durchzuführen, um das Programm im Emsland schnell umzusetzen.

Von einer echten Entspannung könnte nicht die Rede sein. Jugendarbeitslosigkeit war eine ganz besondere Herausforderung an die Politik. Die Tatsache, dass die Arbeitslosenquoteder Jugendlichen bezogen auf die Erwerbspersonen etwas unterhalb der Gesamtquote lag, konnte nicht über das besondere Problem der Jugendarbeitslosigkeit hinwegtäuschen. Denn bei den Jugendlichen ging es darum, dass der Start in das Erwerbsleben den weiteren Erwerbsweg und damit den weiteren Lebensweg vorprägt.

Arbeitslosigkeit und Ausbildungsplatzmangel erklärten nicht alle gesellschaftlichen Fehlentwicklungen. Aber Ausbildung und Arbeit waren unabdingbare Voraussetzung für ein selbstbestimmtes, eigenverantwortliches Leben. Die Gesellschaft war gefordert, ausreichende Angebote zu machen. Dazu diente das Sofortprogramm der Bundesregierung. Umgekehrt waren natürlich auch die jungen Menschen gefordert, die mit dem Programm verbundenen Angebote anzunehmen. Die neue Regierung stellte mit dem Programm ihre Entschlossenheit unter Beweis, sich dieses Problems anzunehmen. Ziel war, möglichst jedem Jugendlichen und vor allem jedem arbeitslosen Jugendlichen ein Angebot zu unterbreiten, noch bevor er ein halbes Jahr arbeitslos war. Dies war eine Investition in die Zukunft der jungen Menschen und in die Zukunft der Gesellschaft.

Da ein großer Teil der arbeits- und ausbildungsplatzsuchenden Jugendlichen durch die Arbeitsämter bereits mit Maßnahmen versorgt wurden, galt es, besondere Anstrengungen zu unternehmen, die noch unversorgten Jugendlichen anzusprechen. Hierbei handelte es sich um eine besonders schwierige Zielgruppe. Deshalb bedurfte es einer gemeinsamen Aktion von Arbeitsverwaltung, Wirtschaft, Gewerkschaften, Politik und Maßnahmeträgern, um das Sofortprogramm umzusetzen.

Die SPD regte an, möglichst schnell alle, die das Programm im Emsland umsetzen könnten, zu einer Arbeitsmarktkonferenz zur Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit einzuladen.

„Zu wenig Jobs für Jugendliche“

Papenburg. Die neuesten zahlen der Bundesanstalt für Arbeit belegen nach Auffassung von Peter Raske, sozialpolitischer Sprecher der SPD im Emsland, wie dringend das Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit in Ost- und Westdeutschland gebraucht werde. Er appellierte an den Kreis Emsland und die Arbeitsämter in Leer und Nordhorn, möglichst schnell eine Arbeitsmarktkonferenz mit Betrieben, Kammern und Gewerkschaften sowie Maßnahmeträgern durchzuführen, um das Programm im Emsland schnell umzusetzen. Die Jugendarbeitslosigkeit sei mit 11 Prozent im Arbeitsamtsbezirk Leer und 8,1 Prozent immer noch zu hoch.

General Anzeiger 19.12.1998

SPD fordert eine Arbeitsmartkonferenz

Von Entspannung kann keine Rede sein / Investitionen in die Zukunft

PAPENBURG. Die neuesten Zahlen der Bundesanstalt für Arbeit belegen nach Auffassung von Peter Raske, sozialpolitischer Sprecher der SPD im Emsland, nachdrücklich, wie dringend das Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit in Ost- und Westdeutschland gebraucht wird.

Er appelliert an den Kreis Emsland und die Arbeitsämter in Leer und Nordhorn, möglichst schnell eine Arbeitsmarktkonferenz mit Betrieben, Kammern und Gewerkschaften sowie Maßnahmeträgern durchzuführen, um das Programm im Emsland schnell umzusetzen. Von einer echten Entspannung könne nicht die Rede sein, meint der sozialpolitische Sprecher der Emsland-SPD, Peter Raske. Jugendarbeitslosigkeit ist und bleibt eine ganz besondere Herausforderung an die Politik. Die Tatsache, daß die Arbeitslosenquote der Jugendlichen - bezogen auf die abhängigen zivilen Erwerbspersonen - etwas unterhalb der Gesamtquote liegt, darf nicht über das besondere Problem der Jugendarbeitslosigkeit hinwegtäuschen. Mit 11 Prozent im Arbeitsamtbezirk Leer und 8,1 Prozent sind sie immer noch zu hoch.

Denn bei den Jugendlichen geht es darum, daß der Start in das Erwerbsleben den weiteren Erwerbsweg und damit den weiteren Lebensweg vorprägt. Arbeitslosigkeit und Ausbildungsplatzmangel erklären nicht alle gesellschaftlichen Fehlentwicklungen. Aber Ausbildung und Arbeit sind unabdingbare Voraussetzung für ein selbstbestimmtes, eigenverantwortliches Leben.

Die Gesellschaft ist gefordert, ausreichende Angebote zu machen - dazu dient das Sofortprogramm der Bundesregierung. Umgekehrt sind natürlich die jungen Menschen gefordert, die mit dem Programm verbundenen Angebote anzunehmen.

Nach Auffassung von Peter Raske stellte die neue Regierung mit dem Programm ihre Entschlossenheit unter Beweis, sich dieses Problems anzunehmen. Ziel ist, möglichst jedem Jugendlichen, und vor allem jedem arbeitslosen Jugendlichen ein Angebot zu unterbreiten, noch bevor er ein halbes Jahr arbeitslos geworden ist. Dies ist eine Investition in die Zukunft der jungen Menschen und in die Zukunft unserer Gesellschaft.

Da ein großer Teil der arbeits- und ausbildungsplatzsuchenden Jugendlichen durch die Arbeitsämter bereits mit Maßnahmen versorgt wurden, gelte es nach Meinung von Peter Raske jetzt besondere Anstrengungen zu unternehmen, die noch unversorgten Jugendlichen anzusprechen. Hierbei handelt es sich um eine besonders schwierige Zielgruppe. Deshalb bedarf es einer gemeinsamen Aktion von Arbeitsverwaltung, Wirtschaft, Gewerkschaften, Politik und Maßnahmeträgern, um das Sofortprogramm umzusetzen. Die SPD regt an, möglichst schnell alle, die das Programm im Emsland umsetzen können, zu einer Arbeitsmarktkonferenz zur Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit einzuladen.

Der Wecker 20.12.1998

Ausbildung unabdingbare Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben

Raske fordert möglichst bald Arbeitsmarktkonferenz

Papenburg. Die neuesten Zahlen der Bundesanstalt für Arbeit belegen nach Auffassung von Peter Raske, sozialpolitischer Sprecher der SPD im Emsland, nachdrücklich, wie dringend das Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit in Ost- und Westdeutschland gebraucht wird. Er appelliert an den Kreis Emsland und die Arbeitsämter in Leer und Nordhorn, möglichst schnell eine Arbeitsmarktkonferenz mit Betrieben, Kammern und Gewerkschaften sowie Maßnahmeträgern zu veranstalten, um das Programm im Emsland schnell umzusetzen.

Von einer echten Entspannung könne nicht die Rede sein, so Raske: „Jugendarbeitslosigkeit ist und bleibt eine ganz besondere Herausforderung an die Politik. Die Tatsache, daß die Arbeitslosenquote der Jugendlichen - bezogen auf die abhängigen zivilen Erwerbspersonen - etwas unterhalb der Gesamtquote liegt, darf nicht über das besondere Problem der Jugendarbeitslosigkeit hinwegtäuschen." Mit 11 Prozent sei sie immer noch zu hoch. Denn bei den Jugendlichen gehe es darum, daß der Start in das Erwerbsleben den weiteren Erwerbsweg und damit den weiteren Lebensweg vorpräge. Arbeitslosigkeit und Ausbildungsmangel erklärten zwar nicht alle gesellschaftlichen Fehlentwicklungen, aber Ausbildung und Arbeit seien unabdingbare Voraussetzung für ein selbstbestimmtes, eigenverantwortliches

Peter Raske. Foto: SR

Leben. Die Gesellschaft sei gefordert, ausreichende Angebote zu machen - dazu diene das Sofortprogramm der Bundesregierung. Umgekehrt seien natürlich die jungen Menschen gefordert, die mit dem Programm verbundenen Angebote anzunehmen. Nach Raskes Einschätzung stellt die neue Regierung mit dem Programm ihre Entschlossenheit unter Beweis, sich dieses Problems anzunehmen. Ziel sei, möglichst jedem Jugendlichen, und vor allem jedem arbeitslosen Jugendlichen ein Angebot zu unterbreiten, noch bevor er ein halbes Jahr arbeitslos geworden ist. Dies sei eine Investition in die Zukunft der jungen Menschen und in die Zukunft der Gesellschaft.

Da ein großer Teil der arbeits- und ausbildungsplatzsuchenden Jugendlichen durch die Arbeitsämter bereits mit Maßnahmen versorgt wurden, gelte es jetzt besondere Anstrengungen zu unternehmen, die noch unversorgten Jugendlichen anzusprechen. Hierbei handele es sich um eine besonders schwierige Zielgruppe. Deshalb bedürfe es einer gemeinsamen Aktion von Arbeitsverwaltung, Wirtschaft, Gewerkschaften, Politik und Maßnahmeträgern, um das Sofortprogramm umzusetzen. Die SPD regte an, möglichst schnell alle, die das Programm im Emsland umsetzen können, zu einer Arbeitsmarktkonferenz zur Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit einzuladen.

Sonntags Report 27.12.1998

Januar 1999

FÜR NEUGESTALTUNG DER FRIEDERIKENSTRASSE UND DES CEKA-PARKPLATZES

Für viele Bürger war die Friederikenstraße ein Stein des Anstoßes. Sie erweckte inzwischen den Eindruck eines Slums, wie man ihn sonst nur aus Großstädten kannte. Wenn man sich das Neumannsche Grundstück ansah, stellte sich die Frage, wo denn der Grundsatz, Eigentum verpflichtet, blieb. Hatten nicht die Stiftung und deren Verantwortlichen, die den Nachlass verwalteten, eine Verpflichtung gegenüber den Bürgern der Stadt Papenburg? Ein Abrisshaus nur einzuzäunen und sich selbst zu überlassen, war keine Lösung. Durch die Anbindung an die Rheiderlandstraße bekamen viele Fremde beim Durchfahren der Friederikenstraße den ersten Eindruck von Papenburg.

Die SPD forderte seit langem, ein Konzept zu entwickeln, wie die Friederikenstraße attraktiv gestaltet werden könnte. Dazu müssten auch Überlegungen angestellt werden, wie die Verkehrslenkung in diesem Bereich zukünftig verbessert werden könnte. Wenn nicht bald etwas geschähen, würden auch die letzten Geschäfte aus der Friederikenstraße verschwinden. Zwar kam auf Initiative der SPD Bewegung in die Planung der Gestaltung der Friederikenstraße. Es entstand jedoch der Eindruck, dass die Wünsche der Anwohner nicht ausreichend berücksichtigt wurden.

Vor einer Meinungsbildung in der SPD wollte die SPD aber noch Gespräche mit den Geschäftsleuten am Untenende führen. Es sollte auch das Ergebnis des städtebaulichen Gutachtens abgewartet werden. Wichtig war, dass Überlegungen angestellt wurden, wie die Verkehrslenkung in diesem Bereich zukünftig verbessert werden konnte.

Die SPD legte großen Wert darauf, dass bei der Planung für die Friederikenstraße auch die Neugestaltung des CEKA-Parkplatzes einbezogen würde. Nachdem die Stadt das Kreuzbundgebäude vom Kreis gekauft hatte, stand einer Neugestaltung nichts mehr im Wege. Deshalb wollte die SPD für den Haushalt 1999 beantragen, ausreichend Finanzmittel für die Neugestaltung des CEKA-Parkplatzes bereitzustellen. Auch einen Vorschlag für eine neue Namensgebung gab es bereits. SPD-Ratsherr Günther Klein machte den Vorschlag, den Platz in„Alter Kirchhof“ umzubenennen.

KARLSRUHER URTEIL EINE CHANCE FÜR GRUNDLEGENDE STEUERREFORM ZUGUNSTEN ALLER LEBENSGEMEINSCHAFTEN MIT KINDERN

Zu den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes zur Familienbesteuerung galt für die SPD: Familie ist, wo Kinder sind ganz gleich, ob die Eltern verheiratet sind oder nicht bzw. Väter oder Mütter alleinerziehend oder in alternativen LebensgemeinschaftenErziehungsverantwortung tragen. Das Steuersplitting für Ehepaare ohne Kinder war sehr zweifelhaft, weil nach geltenden Recht vor allem (männliche) Alleinverdiener mit Spitzeneinkommen unverhältnismäßig profitierten.

Wenn die Karlsruher Leitlinien dazu beitragen würden, dass das Splittingsystem zugunsten einer Individualbesteuerung erwerbstätiger Eltern oder Lebenspartner/innen und entsprechender steuerlicher Entlastung für Kinder umgewandelt würde, wäre dies ein Meilenstein auf dem Weg zu mehr Steuergerechtigkeit und Gleichbehandlung. Die Vorgaben von Karlsruhe böten die Chance, endlich alte Steuer-Zöpfe abzuschneiden und für die längst überfällige Gleichstellung aller Formen von Lebensgemeinschaften mit Kindern zu sorgen. Im gesellschaftlichen Bewusstsein war dieser Wandel in breiten Bevölkerungskreisen längst vollzogen. Die SPD-geführte Bundesregierung wurde aufgefordert, die Chance für eine grundlegende Steuerreform zugunsten aller Lebensgemeinschaften mit Kindern zu nutzen. Vor dem Steuerrecht sollten alle gleich sein.

SPD: Splitting ist ungerecht

Papenburg. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes in dieser Woche hält die emsländische SPD für eine Chance, für mehr Gerechtigkeit bei den Steuern zu sorgen. Peter Raske, sozialpolitischer Sprecher der Kreis-SPD, plädierte vor allem dafür, das Ehegattensplitting, das vor allem Spitzenverdiener unverhältnismäßig begünstige, zugunsten einer Individualbesteuerung der Eltern abzuschaffen. Die steuerliche Behandlung von Familien mit Kindern dürfe nicht davon abhängen, ob die Eltern verheiratet sind, argumentierte er.

Der Wecker 24.01.1999

FORDERUNG NACH UMSETZUNG DES JUGENDSCHUTZ BEIM GASTSTÄTTENGESETZ

Angesichts der drohenden Gefahren durch Alkoholmissbrauch und der häufig durch Alkoholeinfluss verursachten Verkehrsunfälle nach einem Disko- oder Gaststättenbesuch durch Jugendliche war das Unterlaufen des Gaststättengesetzes unverantwortlich. Deshalb forderte die SPD, dass Jugendschutz ernst genommen werden müsste.

Jugendlichen stand in der Regel nicht viel Geld zur Verfügung. So wählten sie meist das von der Menge her billigste Getränk und damit allzu oft Alkohol. Dagegen musste etwas unternommen werden.

Der Jugendschutz würde unterhöhlt, wenn der Wille des Gesetzgebers von den Gaststätten nicht umgesetzt wurde. Ein Verstoß gegen den Geist des Gesetzes lag dann vor, wenn Bier letztendlich von der Menge her billiger angeboten wurde als ein alkoholfreies Getränk, also wenn zum Beispiel 0,2l Cola für 2,50 Mark aber 0,3l Bier für drei Mark ausgeschenkt würde.

Es war bedauerlich, dass Gaststätteninhaber durch eine entsprechende Preis- und Mengengestaltung das Ziel des Gesetzes aushöhlten. Oft dürfte ihnen der Verstoß gegen das Gaststättengesetz aber auch gar nicht bewusst sein, da Kontrollen kaum stattfanden.

Offensichtlich musste der Wille des Gesetzgebers in dieser Frage verdeutlicht werden. Die SPD im Emsland setzte sich dafür ein, dass die Umrechnung der Preise auf eine einheitliche Menge im § 6 des Gaststättengesetzes über den Ausschank alkoholfreier Getränke erfolgte und entsprechende Bußgelder verhängt würden.

Genauso wichtig wie die Umsetzung des Jugendschutzes war für die SPD die Einführung eines Discobusses im nördlichen Emsland. Es war unverständlich, weshalb sich die Verantwortlichen im Landkreis Emsland nicht auf eine Einführung einigen konnten, während dies im Landkreis Leer mit der „Nachteule“ möglich war.

SPD im Emsland fordert Umsetzung des Jugendschutzes beim Gaststättengesetz

Cola nicht teurer als Bier

Papenburg. Angesichts der drohenden Gefahren durch Alkoholmißbrauch und der häufig durch Alkoholeinfluß verursachten Verkehrsunfälle nach einem Disko- oder Gaststättenbesuch durch Jugendliche sei das Unterlaufen des Gaststättengesetzes unverantwortlich. Deshalb fordert die SPD im Emsland: Jugendschutz muß ernst genommen werden.

Jugendlichen stehe in der Regel nicht viel Geld zur Verfügung. So wählten sie meist das von der Menge her billigste Getränk und damit allzu oft Alkohol. Es sei Zeit, daß etwas dagegen geschieht. Nach Meinung des sozialpolitischen Sprechers der SPD im Emsland, Peter Raske, ist die bislang vertretene Auffassung, Paragraph 6 des Gaststättengesetzes sehe keine Umrechnung der Preise auf eine einheitliche Menge vor, nicht länger hinnehmbar.

„Der Jugendschutz wird unterhöhlt, wenn der Wille des Gesetzgebers von den Gaststätten nicht umgesetzt wird", so Peter Raske. Es steht außer Frage, daß nur gleich große Mengen miteinander verglichen werden dürfen. Ein Verstoß gegen den Geist des Gesetzes liegt auch dann vor, so Raske, wenn Bier letztendlich von der Menge her billiger angeboten wird als ein alkoholfreies Getränk.

Es sei bedauerlich, daß Gaststätteninhaber durch eine entsprechende Preis- und Mengengestaltung das Ziel des Gesetzes aushöhlen. Oft dürfte ihnen der Verstoß gegen das Gaststättengesetz aber auch gar nicht bewußt sein, da Kontrollen kaum stattfinden. Offensichtlich müsse der Wille des Gesetzgebers in dieser Frage verdeutlicht werden. Die SPD im Emsland setzt sich dafür ein, daß die Umrechnung der Preise auf eine einheitliche Menge im Paragraph 6 des Gaststättengesetzes über den Ausschank alkoholfreier Getränke erfolgt und entsprechende Bußgelder verhängt werden.

Genau so wichtig wie die Umsetzung des Jugendschutzes ist für die SPD im Emsland die Einführung eines Discobusses im nördlichen Emsland, so Raske abschließend.

Sonntags Report 31.01.1999

SOFORTPROGRAMM ZUM ABBAU DER JUGENDARBEITSLOSIGKEIT ERFOLGREICH ANGELAUFEN

Zu einem gemeinsamen Gespräch über die aktuelle Situation der jungen Menschen auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt im Arbeitsamtsbezirk Leer/Papenburg trafen sich die Mitglieder der SPD-Kreistagsfraktion mit dem Leiter der Berufsberatung Manfred Gardemann. Die Kreistagsmitglieder waren beeindruckt von dem großen Spektrum an Maßnahmen, das vom Arbeitsamt Leer eingesetzt wurde, um jungen Menschen bei dem Eintritt ins Berufsleben zu helfen. Bei der Umsetzung des Sofortprogramms zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit konnte da Arbeitsamt Leer auf erste Erfolge verweisen.

Manfred Gardemann, Leiter der Berufsberatung, berichtete, dass das Arbeitsamt Leer als eines der ersten Arbeitsämter in Niedersachsen mit der Durchführung von Maßnahmen des Sofortprogramms begonnen hatte. Die ersten jungen Menschen profitierten schon davon. Angelaufen waren eine Maßnahme zum nachträglichen Erwerb des Hauptschulabschlusses und das Qualifizierungsprogramm „NOA" (noch ohne Ausbildung). In dem Programm „NOA" wurden für 47 Teilnehmer bis zum 31.3.1999 durch Praktika in Betrieben und ergänzende schulische Förderung zusätzliche Ausbildungsplätze in Betrieben gesucht. Wer von diesen Jugendlichen zum 1.4.1999 keinen Ausbildungsplatz im Betrieb fand, sollte dann mit dem Programm „AUA" (Außerbetriebliche Ausbildung) einen Ausbildungsplatz erhalten.

Die Planungen für die Umsetzung des Sofortprogramms waren nach den Ausführungen von Manfred Gardemann soweit fortgeschritten, dass bei Umsetzung aller geplanten Maßnahmen eigentlich ein Fördervolumen von über sechs Millionen DM notwendig wären. Mit den für das Arbeitsamt Leer bereitgestellten 5,1 Millionen DM könnten ca. 300 Jugendliche aus dem Sofortprogramm gefördert werden. Damit und mit den bereits bestehenden Qualifizierungsangeboten des Arbeitsamtes Leer wäre eine Senkung der Arbeitslosenquote für Jugendliche erreichbar. Außerdem wies Manfred Gardemann auf die Lohnkostenzuschüsse und Qualifizierungs-ABM sowie Trainigsmaßnahmen der Arbeitsvermittlung hin. Diese würden ebenso für eine erfolgreiche Umsetzung des Sofortprogramms sorgen.

Für die Zukunft wäre ein Jugendbeschäftigungsgarantieprogramm wünschenswert, zu dem das Sofortprogramm ein erster Auftakt sein könnte. Manfred Gardemann appellierte an die SPD-Politiker,daran mitzuwirken, dass es zu einer verbindlichen Vereinbarung zwischen Wirtschaft, Verwaltung und Politik käme, in der regional wirtschaftlich sinnvolle und verbindliche Ausbildungs-, Qualifizierungs- und Beschäftigungsangebote festgelegt würden.

Februar 1999

Schaufenster

Schlechter Dienst

Papenburg. Der sozialpolitische Sprecher der SPD im Emsland, Peter Raske, hat an die Verantwortlichen der katholischen Kirche appelliert, nicht aus der Schwangerschaftskonfliktberatung auszusteigen. „Es wäre ein schlechter Dienst an ratsuchenden Frauen, wenn die emsländischen katholischen Schwangerschaftsberatungsstellen keinen Nachweis über die Beratung mehr ausstellen dürften. Denn eine wirklich ergebnisoffene Beratung ist dann nicht mehr möglich".

Ems-Zeitung 26.02 1999

SPD bedauert unklare Entscheidung

Papenburg. Zur Stellungnahme der Deutschen Bischofskonferenz zur Schwangerschaftskonfliktberatung erklärt der sozialpolitische Sprecher der SPD im Emsland, Peter Raske: „Es ist zu bedauern, daß die deutschen Bischöfe in Lingen noch zu keiner eindeutigen Entscheidung hinsichtlich des Verbleibs der katholischen Beratungsstellen kommen konnten." Es sei zu wünschen, daß der Beitrag der katholisch getragenen Beratung fortgesetzt werden kann wie es der Gesetzgeber vorgesehen hat, nämlich ebenso dem Schutz des ungeborenen Lebens wie der Konfliktsituation von Frauen verpflichtet.

General Anzeiger 27.02.1999

SPD im Emsland bedauert unklare Entscheidungssituation

Katholische Kirche darf sich aus Beratung nicht zurückziehen

PAPENBURG. Zur Stellungnahme der Deutschen Bischofskonferenz zur Schwangerschaftskonfliktberatung erklärt der sozialpolitische Sprecher der SPD im Emsland, Peter Raske: „Es ist zu bedauern, daß die deutschen Bischöfe in Lingen noch zu keiner eindeutigen Entscheidung hinsichtlich des Verbleibs der katholischen Beratungsstellen im Beratungssystem auf gesetzlicher Grundlage kommen konnten."

Es ist zu wünschen, daß der Beitrag der katholisch getragenen Beratung fortgesetzt werden kann, so wie es der Gesetzgeber vorsieht, nämlich ebenso dem Schutz des ungeborenen Lebens wie der Konfliktsituation von Frauen verpflichtet. Daß die Bischöfe hierzu ein Modell diskutiert haben, das konkrete und dauerhafte Hilfen für das Leben der betroffenen Frauen mit dem Kind aufzeigen will, ist zu begrüßen.

Eines muß klar sein: Beratung muß ergebnisoffen sein, denn das ungeborene Leben ist nur mit der betroffenen Frau und nicht gegen sie zu schützen. Ungewollt schwangere Frauen brauchen nicht nur den Beratungsschein, um straffrei abtreiben zu können, sie brauchen vor allem Rat und Hilfe in ihrer Konfliktsituation. Wenn sich die katholische Kirche aus dieser Beratung zurückzieht, kann sie diese Frauen in ihre Not nicht mehr erreichen und auch keine Schwangerschaftsabbrüche verhindern helfen. Gerade das aber ist ihre Pflicht als Christen. Wer hier die Hilfe verweigert, verschließt die Augen vor der gesellschaftlichen Realität und zwingt Frauen wieder zur Abtreibungstourismus" ins benachbarte Ausland. Die vom Gesetz vorgesehene Möglichkeit zwischen Beratungsstellen unterschiedlicher weltanschaulicher Ausrichtung wählen zu können, werde durch den möglichen Ausstieg der katholischen Kirche in Frage gestellt. Wobei die meisten Beratungsstellen im Emsland in katholischer Trägerschaft sind.

Es wäre ein schlechter Dienst an ratsuchenden Frauen, wenn die emsländischen katholischen Schwangerschaftsberatungsstellen keinen Nachweis über die Beratung mehr ausstellen dürften. Denn eine wirklich ergebnisoffene Beratung ist dann nicht mehr möglich.

Es wäre gut, so Peter Raske, auf die besonnenen Stimmen aus der katholischen Kirche zu hören, die die Bedeutung der katholischen Beratungsstellen für den Schutz des werdenden Lebens unterstreichen. Es sollte den Bischöfen zu denken geben, daß katholische Laien bereits über eine Fortführung dieses Beratungsarbeit in eigener Regie nachdenken, falls es wirklich zu einem Ausstieg der Amtskirche kommen sollte.

Der Wecker 28.02.1999